

Für Frieden und Gerechtigkeit

Aufruf des Kirchenrats der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St. Gallen zum Krieg in der Ukraine

(St. Gallen, 28. Februar 2022)

Der Einmarsch Russlands im Nachbarstaat Ukraine hat einen Krieg auf dem europäischen Kontinent entfacht. Was wir nicht glauben wollten, ist eingetreten. In schwerer Verletzung des Völkerrechts hat die russische Regierung ohne Not den Weg der Gewalt gewählt.

Betroffen hören wir die Stimme des Oberhaupts der Ukrainisch-orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) von Kiew und der ganzen Ukraine, Metropolit Onufrij: «Der Krieg zwischen beiden Völkern ist die Wiederholung der Sünde von Kain, der seinen eigenen Bruder aus Eifersucht ermordet hat. Dafür gibt es keine Entschuldigung, weder bei Gott, noch bei den Menschen.»

Das Evangelium von Jesus Christus ist eine Botschaft des Friedens für alle Menschen. Jesus spricht: «Selig, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit - sie werden gesättigt werden... Selig, die Frieden stiften - sie werden Söhne und Töchter Gottes genannt werden.» Matthäus 5,6.9.

Das verpflichtet uns als Christinnen und Christen, für Frieden und Gerechtigkeit einzustehen.

- Wir rufen daher die Kirchen und alle Menschen guten Willens zum Gebet für den Frieden auf. In Gottesdiensten, Friedensgebeten und im persönlichen Gebet soll für alle Menschen, die unter den gewaltsamen Ereignissen leiden, gebetet werden.
- Wir rufen Kirchgemeinden sowie alle Christinnen und Christen dazu auf, die Hilfswerke bei der Leistung von humanitärer Hilfe im Krisengebiet tatkräftig zu unterstützen.
- Wir rufen den Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf (ÖRK) und die Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz (EKS) dazu auf, die kirchlichen Beziehungen nach Russland und in die Ukraine zu nutzen, um eine Rückkehr zum Dialog und zur friedlichen Konfliktlösung zu fördern.
- Wir bitten den Bundesrat und alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Schweiz, sämtliche diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um dem Krieg in der Ukraine Einhalt zu gebieten.
- Wir unterstützen den Bundesrat darin, die europäischen Wirtschaftssanktionen gegen Russland mitzutragen. Es darf nicht sein, dass russisches Kapital in der Schweiz einen sicheren Hafen findet, während Russland einen Angriffskrieg führt.
- Wir rufen den Bundesrat und die Kantonsregierungen dazu auf, Kapazitäten für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine bereit zu stellen und sich solidarisch an einem europäischen Hilfsprogramm für die Flüchtenden zu beteiligen.